

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werthhätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4089 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 262.

Mittwoch, den 8. November 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Antwort.

(Fortsetzung und Schluß aus der Beilage.)

Die Sechs berufen sich mit besonderer Genugthuung auf die Erklärung, die der Parteivorstand und die Pressekommision unter dem 11. Januar 1905 gegen einen in der „Leipziger Volkszeitung“ am 23. Dezember 1904 erschienenen Artikel veröffentlichten.

Hier sei zunächst auf die Situation aufmerksam gemacht, die zu jener Erklärung nötig ist. Der in der „Leipziger Volkszeitung“ erschienene Artikel erging sich in den heftigsten und schärfsten Angriffen gegen die Redaktion des „Vorwärts“ und damit auch bis zu einem gewissen Grade gegen uns als Aufsichtsorgane bezichtigend. Die Redaktion suchte sich mit Recht durch diesen Artikel schwer beleidigt und rief unsere Intervention an. Wir teilten die Auffassung der Redaktion über jenen Artikel und veröffentlichten eine Erklärung, welche die Sechs tendenziös abgefaßt und zugestutzt in die Öffentlichkeit brachten, die wir nunmehr des Verhältnisses wegen und um der Wahrheit zu dienen, im Wortlaut folgen lassen. Derselbe lautet:

„In Nr. 298 der „Leipziger Volkszeitung“ vom 23. Dezember 1904 ist unter der Aufschrift „Eine Abwehr“ ein Artikel, unterzeichnet F. W., das ist Franz Wehring, erschienen, der sich gegen Äußerungen des „Vorwärts“ über einen unserer Parteipresse angemessenen Ton der Polemik richtet. Die Redaktion des „Vorwärts“ hat mit Recht Abstand genommen, in eine Erwiderung auf die Beleidigungen einzutreten, die Genosse Wehring gegen sie erhoben hat. Sie hat im Interesse der Partei geschwiegen und die Angelegenheit den unterzeichneten beiden Körperschaften überlassen, welche durch das Organisationsstatut der Partei zur Aufsicht über das Zentralorgan gestellt sind. Auch ohne den Wunsch der Redaktion des „Vorwärts“ standen die Unterzeichneten im Begriff, sich mit dem Artikel Wehrings zu beschäftigen.“

Von den Anschuldigungen, die Wehring gegen die Redaktion des „Vorwärts“ erhebt, seien nur die schwersten in Erinnerung gebracht. Der „Vorwärts“ soll „wissenschaftlich unwahr“ über vorhergehende Auseinandersetzungen in der Parteipresse berichtet haben. Er soll durch seine Meinungsäußerung über den Ton der Parteipresse „eine Tat begangen haben, die sich würdig neben die Tat stellt, die der Minister Hammerstein an Janina Berson vollbracht hat“. Dies sei eine Tat, die durch das Dichterwort gekennzeichnet wird: „Seht hier das Trauerspiel der kalten Wahrheit“. Der „Vorwärts“ soll ein Blatt sein, „das trotz seiner ungeheueren Mittel und seines weiten Verbreitungsgebietes ziffernmäßig nicht einmal so viel propagandistische Werbekraft zu entfalten vermag, wie die meisten minderen und selbst keinen Parteiblätter noch ihrer geringen Mittel entfallen.“

Der „Vorwärts“ soll „durch seine blöden Sensationen a la Krupp und Kaiserin die Partei aufs äußerste bloßgestellt“ haben. Der „Vorwärts“ sei ein Blatt, „das statt seiner Bestimmung gemäß das prinzipienlose Rückgrat seiner Partei zu sein, in jeder prinzipiellen Frage hin und her schwankt und für die politische und wissenschaftliche Entwicklung der Partei längst zum rudimentären Organ geworden ist.“

Wir haben keinen Anlaß, die Redaktion des „Vorwärts“ gegen Anschuldigungen zu verteidigen, deren Gehaltigkeit für die Parteigenossen ohne weiteres ersichtlich ist. Nur die Behauptung, der „Vorwärts“ sei ein Blatt, „das statt seiner Bestimmung gemäß das prinzipienlose Rückgrat seiner Partei zu sein, in jeder prinzipiellen Frage hin und her schwankt und für die politische und wissenschaftliche Entwicklung der Partei längst zum rudimentären Organ geworden ist“, nötigt uns zu einer Bemerkung. Wenn diese Behauptung der Wahrheit entspräche, so würden den Vorstand und der Pressekommision mit Recht die schwersten Vorwürfe treffen, denn es wäre eine Pflichtverfehlung der schlimmsten Art, eine solche Redaktion an dem ihrer Aufsicht unterstellten Zentralorgan zu dulden. Es ist allgemein bekannt, daß über die Haltung und Stellungnahme des „Vorwärts“ in einigen Fragen der Parteifaktik Meinungsverschiedenheit zwischen uns und der Redaktion bestanden haben und daß Mitglieder der unterzeichneten Körperschaften ihre abweichenden Ansichten öffentlich ausgesprochen. Niemals aber hat der „Vorwärts“ zu einer ehrenkränkenden und beleidigenden Beurteilung Veranlassung gegeben, wie es durch den Genossen Wehring in den oben zitierten Äußerungen geschehen ist.

Wir halten uns deshalb für verpflichtet, diese Herabwürdigung der Gesamthaltung der Redaktion des „Vorwärts“ auf das nachdrücklichste zurückzuweisen

und legen energische Verwahrung ein gegen die Form der Polemik, wie sie dem Genossen Wehring gegen die Redaktion des „Vorwärts“ beliebt. Eine derartige Kampfesweise gegen ein Parteiorgan muß notwendig zur schwersten Schädigung und zur Zerrüttung der Partei führen.

Berlin, den 11. Januar 1905.

Der Parteivorstand.

Die Pressekommision des „Vorwärts“. Die Sechs haben aber sehr ungenügend begriffen, daß seit jenen Januartagen die Gegensätze zwischen Redaktion und uns sich weiter zuspitzten und daß unter anderem die Verhandlungen am 17. Juni notwendig wurden, auf die wir bereits in unserer Denkschrift eingegangen sind, daß endlich die Verhandlungen am 1. und 8. September sich abspielten, in denen abermals die Meinungsverschiedenheiten in aller Schärfe zum Ausdruck kamen. Die Sechs machen in ihrer Entgegnung gemäß ihrer Gewohnheit dunkle Andeutungen über ein mißglücktes Pronunciamento gegen die Redaktion, das Stadthagen geleitet haben soll. Was die Sechs dunkel andeuten belieben, wollen wir offen mitteilen. Am 1. und 8. September fanden gemeinsame Sitzungen des Parteivorstandes, der Pressekommision und der Redaktion statt. Die Sitzung am 8. war die Fortsetzung derjenigen vom 1. September. In diesen beiden Sitzungen war Stadthagen als Mitglied der Redaktion anwesend, nahm aber nur zu einer persönlichen Bemerkung das Wort. Zunächst wurde verhandelt über die öffentlich bekannt gewordene Korrespondenz Wehrings mit der Redaktion der „Bremer Bürgerzeitung“ wegen Aufnahme von Berichten über Berliner Parteiversammlungen. Das Verfahren Wehrings wurde bei diesen Verhandlungen als grobe Taktlosigkeit beurteilt. Auf seine Erklärung, in einem ähnlichen Fall wieder so handeln zu wollen, wurde die Stimmung gegen ihn in der Pressekommision so erregt, daß diese gegen Wehring ein Mißtrauensvotum beantragte und beschloß, ihm die Redaktion der Parteinachrichten zu nehmen, die er nach Ansicht von Vorstand und Pressekommision parteiisch redigiert hatte.

In der darauffolgenden Sitzung am 8. September erklärte Wehring die Beurteilung des von ihm an die Redaktion der „Bremer Bürgerzeitung“ gerichteten Briefes als ein der Pressekommision zustehendes Recht, bekräftigte seine Bereitwilligkeit, auf die Redaktion der Parteinachrichten zu verzichten, bat jedoch, von dem allgemeinen Mißtrauensvotum Abstand zu nehmen.

Hierauf wurde beschlossen, das Mißtrauensvotum nicht auszusprechen.

Im weiteren Verlauf jener Sitzung kam aber auch wieder die allgemeine Haltung des „Vorwärts“ zur Sprache. Hierüber waren die Urteile so stark, daß Einer sich zu der Äußerung verließ, die Mehrheit wolle der Minderheit ihre R. Forts überlassen, damit diese zeige, ob sie es besser machen könnte.

In jener Sitzung wurde ferner der Beschluß gefaßt und zwar zum Schutze der Minorität, daß, wenn drei Redakteure gegen die Aufnahme eines Artikels Einspruch erheben würden, sofort Parteivorstand und Pressekommision berufen werden müßten, um über die Aufnahme zu entscheiden. Wie man diese Vorgänge zu einem „Sieg“ der Redaktionmehrheit umdeuten kann, überlassen wir dem Scharfsinn der Leser zu beurteilen.

Wenn die Sechs behaupten, daß der Artikel über den Elektrikerstreik ohne Kenntnis der Mehrheit ins Blatt gegeben wurde, so ist festgestellt, daß die Sechs es unterließen, von einem Artikel Kenntnis zu nehmen, der als Leitartikel in das Blatt kam und damit als Meinungsäußerung der Gesamtkommision angesehen wurde. Dieser Vorgang zeigt wieder, daß die Zustände in der Redaktion unumgängliche geworden waren.

Höchst merkwürdig ist es auch, daß die Sechs es so darstellen, als hätten in der Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen die Berliner Parteigenossen sich der Ansicht der Sechs angeschlossen. Jeder Parteigenosse weiß aber, daß die Berliner Genossen sich erst zur Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen bereit erklärt haben, nachdem wiederholt auf Parteitagungen ein solcher Beschluß gegen den Willen der Berliner Genossen angenommen worden war.

Der Jammer der Sechs, die Angriffe gegen den „Vorwärts“ seien stets aus einem Keinen Keins von Personen hervorgegangen, und weiter die Ausfälle der Sechs gegen die Genossin Bergmann wegen ihres Konfliktes mit Diebstahl im Jahre 1898 geben uns keine Veranlassung, auf diese Ausführungen ausführlicher einzugehen.

Nachdem die gesamte Parteiverwaltung von Groß-Berlin am 23. Oktober nach langem, erster Debatte mit allen gegen einige Stimmen unser Vorgehen billigte und sich mit uns

solidarisch erklärte, können wir uns auf das Gesagte beschränken. Wir verstehen auch nicht, was die Polemik der Sechs gegen die Genossin Bergmann bedeuten soll, die in den Verhandlungen der letzten Wochen nur eine passive Rolle spielte, insofern als wir darüber verhandelten, ob sie als Mitarbeiterin im „Vorwärts“ tätig sein solle. Ebenso lassen wir das Heranziehen der Genossin Kautsky und Wehring in diese Erörterung auf sich beruhen. Die Sechs verfolgen mit ihrer Taktik nur, die Polemik möglichst weit und breit schicklich zu gestalten. Was liegt nicht im Interesse der Partei, wir haben besseres zu tun, als unfruchtbar gewordene Polemiken ohne zwingende Gründe weiter zu spinnen, als unumgänglich notwendig ist. Der Schluß der Erklärung der Sechs schließt sich würdig ihrem Anfange an. Beweislose Verdächtigungen und Anschuldigungen gegen nicht genannte Personen, phrasenhafte Versicherungen, daß man endlich alle Rücksichten allen Freundschaften zum Trost fallen lasse, weil weitere Rücksichtnahme Verrat an der Partei sei.

Wir gestatten uns hierauf die einfache Frage: Wenn es Personen in der Parteileitung gibt, deren unheilvolles Wirken seit Jahren all die von den Sechs in den schmerzhaften Farben dargestellten Gefahren für die Partei hat, warum haben die tapferen, ehrlichen, braven, unentwegten Sechs nicht schon längst die Rücksichten fallen lassen und sind als Ankläger aufgetreten, um die Partei von diesen Schandbuben zu befreien?

Und warum wagen sie auch jetzt noch nicht, wo sie alle Rücksichten fallen zu lassen erklären, die Namen dieser Schandbuben zu nennen?

Auch das wäre ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit gewesen. Jetzt bekommen ihre Anklagen und ihre dunklen, zweideutigen Verdächtigungen den Charakter, daß sie nicht aus edlen Motiven im Interesse der Partei handeln, sondern nur, um niedrige persönliche Rachegedanken zu befriedigen.

Berlin, den 8. November 1905.
Der Parteivorstand.
Die Pressekommision.

Von der mir seitens des Parteivorstandes und der Pressekommision gegebenen Freiheit, auf die mich persönlich betreffenden Anzettelungen der Sechs zu antworten, werde ich erst in einem späteren Stadium der Polemik Gebrauch machen. Ich fasse alsdann alles hübsch zusammen, um meinen Segnern die verdiente Antwort zu geben.

A. Seidel.

Politische Studien.

Beitrag.

Die Finanzkünstler, welche die neuen Steuergesetze vorbereiteten, scheinen sich noch nicht völlig demaskiert zu haben. Jetzt wird davon gesprochen, daß auch die Ministerialentscheidungen „begrenzt“ werden sollen, was doch wohl bedeutet, daß auch nach dieser Richtung hin vom Reich mehr Steuern aufgebracht werden müssen. Es hat den Anschein, daß neben den in der sogenannten „Reichsfinanzreform“ enthaltenen neuen Steuerprojekten noch Spezialvorlagen zu erwarten sind. So eine Reichs-Quittungssteuer! Diese Steuer, für welche früher die Regierung gar keine Gegenliebe fand, findet jetzt in der „Köln. Zig.“, die in dieser Sache offiziell bezieht wird, einen lebhaften Verteidiger. Seinezeit wurde schon einmal behauptet, es sollten sämtliche Quittungen von 5 Mk. an einer Steuer unterliegen.

In den Einzelhandlungen ist man seit langem bestrebt, die vorwärtliche Quittungssteuer abzuheben, wo sie noch bestand. In Bayern ist sie 1899, in Preußen — man denke in Preußen — schon 1873 aufgehoben worden! Im Reich machte die Regierung freilich 1893 bei der Veranlagung des Einkommensteuergesetzes schon den Versuch, die Quittungssteuer wieder einzuführen. Der Reichstag ging aber nicht darauf ein und bei anderen Gelegenheiten hat der Reichstag gleichfalls dokumentiert, daß er von einer solchen Steuer nichts wissen will.

Die Regierung freilich scheint sich in die Quittungssteuer furchtbar verliebt zu haben, denn schon in der Session 1903/04 offerierte sie in dem Steuerbouquet, durch das die Kosten der jüngsten Herrschaftsveränderung gedeckt werden sollten, wieder eine Quittungssteuer in Gestalt eines Fiktivpapiers von 10 Pf. Es sollen Quittungen im Betrage von 20 Mk. an aufwärts beeuert werden. In der Kommission wurden verschiedene Vorschläge für die Änderung der Regierungsvorlage gemacht, insbesondere auch die Einführung einer allgemeinen Umsatz- und Einkommensteuer nach dem Werte. Gegen die Quittungssteuer im allgemeinen wurde geltend gemacht, daß sie dazu führen würde, in großem Umfang die Quittungsbefreiung überhaupt zu unterlassen, und demgemäß den geregelten Geschäftverkehr zu stören. Der Antrag auf Einführung einer Umsatz- und Einkommensteuer wurde in der Kommission zurückgezogen, die von der Regierung vorgeschla-

gene Quittungssteuer wurde abgel. In der zweiten Be-
ratung im Plenum fand sie sogar einstimmige Ab-
lehnung. Die Wortführer der konservativen und frei-
konservativen Partei hielten es dabei ausdrücklich für nötig,
Erläuterungen und Entschuldigungen dafür abzugeben, daß sie
in der Kommission der Quittungssteuer zugestimmt hätten.
Nach alle dem schienen die Ausfühler einer Quittungs-
steuer auch jetzt keineswegs rosig. Die „Köln. Stg.“ sucht
zwar die Opposition damit zu beschwichtigen, daß sie meint, jetzt
sei Not am Mann. — Damit verrät sie den offiziellen
Charakter ihrer Notiz. Es ist Not am Mann für die Re-
gierung, die Schlachtschiffe bauen will, die 50 Proz. Mehr-
kosten verursachen wie die bisherigen. Jedoch, wenn die
Regierung die Quittungssteuer aufwarf, dann liegt
neue Militärforderungen vor; 1893, 1903/04, wie wir oben
zeigten und jetzt. Es wäre endlich an der Zeit, daß das
Volk diese Steuer-Erfahrungsmittel einmal moralisch ver-
däme schlucken ließ!

Wie sieht die neue Flottenvorlage aus? Dem
Reichstage wird sowohl eine neue Flottenvorlage als auch
ein hiervon größtenteils unabhängiger Marineetat vorgelegt
werden. Etat und Vorlage haben nicht miteinander nichts
zu tun, wenn auch die Vorlage in einigen Punkten auf den
Etat 1906 einwirkt. Die Flottenvorlage fordert
6 große Kreuzer und 4 Torpedobootdivisionen. Die Kreuzer
sollen durchweg ein Displacement von 15 000 Tons erhalten
und verbesserte Armierung gegenüber der jetzigen Kreuzer-
artillerie. Der Etat will im Rahmen des alten Flotten-
gesetzes die noch auf Grund des Gesetzes zu erbauenden
Minenschiffe und Kreuzer ebenfalls im Displacement gemäß
den Anforderungen der Neuzeit erbauen. Die bereits fertig-
gestellten Kriegsschiffe, die auf Grund des alten Flotten-
gesetzes erbaut sind, sollen verbesserte Armierung erhalten;
so werden die 28 Zentimeter-Kanonen durch 30 Zentimeter-
Kanonen ersetzt. Dieselbe Armierung erhalten alle neu zu
erbauenden Kriegsschiffe. Die auf Grund des Gesetzes von
1900 noch zu erbauenden Minenschiffe (8) erhalten ein Dis-
placement von annähernd 17 000 Tons, die Kreuzer (12)
von 15 000 Tons. Außerdem werden noch folgende Ver-
besserungen eintreten: Gürtelpanzern 240 Millimeter (bei der
Draufschweiß-Klasse 225), Zitadellenpanzer 205 (früher 180),
Batteriedeckpanzer 170 Millimeter (früher 150).
Für die Panzerschiffe erhöhen sich die Kosten pro Schiff um
rund 16 Millionen durch diese Neuerungen, also von 24 auf
40 Millionen Mark. — Wir haben's ja auch!

Graf Söhen wünscht es. Die Schaffung eines
selbständigen Kolonialamtes soll nur deshalb erfolgen, weil
der zukünftige Leiter des Kolonialwesens, Graf Söhen,
es so haben will. Das Reichskolonialamt habe, erzählt
der „Fränk. Kur.“, dem Plan eines Kolonialamtes nie wohl-
wollend gegenüber gestanden, und auch in anderen Kreisen
der Regierung habe man lebhafteste Bedenken dagegen. Aber
es ist ein offenes Geheimnis, daß das Kolonialamt haupt-
sächlich deswegen selbständig gemacht werden soll, weil der
Gouverneur von Ostafrika, Graf Söhen, erklärt hat, er
würde nur dann das Amt in Berlin übernehmen, wenn er
Staatssekretär werden würde und als solcher nur
dem Reichskolonialrat zu unterstehen hätte. Das Münchener
Blatt wagt die Frage auf, ob um einer persönlichen Lieb-
haberei willen das Deutsche Reich sich in Unlösen stürzen
soll, zumal irgend ein Nutzen für die koloniale Sache dar-
aus gar nicht zu erwarten ist. — Vorläufig halten wir die
ganze Meldung für einen Fehlschlag, oder sollten wir in
Deutschland schon so weit gekommen sein, daß das Reich
nach der Pfeife eines verhältnismäßig jungen Beamten tanzt
— Graf Söhen ist 39 Jahre alt und befindet sich den Rang
eines Majors — und daß man dem deutschen Steuerzahler
neue Lasten auferlegt, weil ein Staatssekretär der Zukunft
es wünscht?

Trotzha, der „geniale“ Feldherr, hat den Orden
pour le mérite erhalten. Er wird jedenfalls am
18. November abberufen werden.

**Ein liberaler Führer als Freund des Zeugnis-
zwangs.** In der „Frankfurter Volkszeitung“, dem Provinz-
blatt der nordhannoverschen Sozialdemokratie, werden jüngst
die nicht gerade rosigsten Verhältnisse der bayrischen Schul-
mannschaft behandelt. Im Ratssaal hat der Artikel große
Erfolgung hervorgerufen, und in der letzten Magistrats-
sitzung gab der Bürgermeister Dr. Casselmann seiner
schärfsten Mißbilligung darüber Ausdruck, daß die Schul-
mannschaft „Disziplin“ und „Autorität“ so weit vermissen
habe, daß an eine sozialdemokratische Forderung zu werden.
Er meint, der Vater, für den man Achtung habe,
wisse ohne Rücksicht darauf, ob er Familie habe oder nicht,
ohne Gnade erschlagen werden, solange es aber nicht, ihn
höher zu ermitteln, so werde man unter Anwendung
des Zeugniszwangs der vergangenen Jahre gegen die
Reaktion des genannten Blattes vor-
gehen. Herr Casselmann ist der bekannte liberale Wort-
führer und Landtagsabgeordnete, der in seinen politischen
Reden gern von den „freiwirtschaftlichen“ Grundsätzen des Li-
beralismus spricht. Dinge paßt seine obige Drohung, der
König die Reaktion anderer nordhannoverscher Zeitungsblätter
mäßig entgegenzusetzen, wie die Frau auf Asse.

„Forderungen“ der Kolonialpolitik. Aus Wind-
hul wird wieder eine sehr bedenkliche Lage Berlin's
Lage gemeldet. Junge hübsche Mädchen sind entweder
gehungert oder jämmerlich in Krüppeln gemacht — um eine
elende Sandwüste!

Zweifelloses Beginnen. Der Vorstand des deutschen
Fischerbundes hat an den Landwirtschaftsminister von
Podehlst unter Bezugnahme auf die Unterredung vom
8. September eine Forderung eingereicht, in der er, wie die
„Allgemeine Fischerei“ berichtet, folgende Schritte an-
fordert: daß für Dorschfische jetzt das Schließungsverbot
auf 300 Stüd erhöht und dann vom 1. März 1906
bis 14. in 14 Tagen um weitere 100 Stüd oder 200 Stüd
erhöht werden soll. Die vom Fischereiverein ge-
machte Forderung ist eine sehr hohe, die die Unterredung
erzeugt, daß die jetzige Schließung des russischen
Schwarzenmeeres ohne Gefahr für den heimischen Dorsch-
fang zu wesentlich billigeren Preisen möglich ist; ferner
daß die Schließung für die Nordsee nicht und die Gefahr
eines Schwarzmeeres, von wacher 2000 Stüd aus
holland und dänisch besetzt werden sollen, gelöst
werde. Bezüglich der Forderung der Erhöhung
soll die Staatsregierung beim Bundesrat dagegen verfahren,
weil, daß der von der Regierung des russischen Reiches für
die Erhöhung von 300 Stüd angelegte Fischfang

die Bedingungen für die Schließung zum Besitze ausländi-
schen, Viehes erwartet werden müßte. — Diese Eingabe
wird zweifellos in hohem Maße beachtet werden.

Amliches Wahlergebnis. Bei der am 2. November
stattgehabten Reichstagswahl im Wahlkreis Preußen
Holland - Mönchengladbach wurden insgesamt 9902
Stimmen abgegeben. Hier von erhielten die Sozialdemokraten
Güter (L.) 8682, Hermenau (Fp) 740, Deana-
Kölschberg 406, königlicher Amtsgerichtsrat Krebs-Dickhoff
(Z) 64 Stimmen. 8 Stimmen waren zerstreut. Güter ist
jomit gewählt.

Rußland.
Ist die Revolution tot? Diese Frage drängt sich
heute auf die Lippen aller Freiheitsfreunde. Fast scheint es,
als ob die Frage zu bejahen wäre, wenn man den offiziellen
Mitteilungen, nach denen z. B. auch der Güter- und Per-
sonenverkehr mit Deutschland, sowie im Innern Russlands
ganz oder teilweise wieder hergestellt ist, Glauben schenken
darf. Dennoch aber glauben wir nicht daran. Vielmehr
vermuten wir, daß die jetzt herrschende Ruhe nur die Vor-
gänge eines neuen, gewaltigen Sturmes ist; eines
Sturmes, der das moralische Gebälk des Zarismus von neuem
zusammenbrechen läßt.

Der „Kurs“ der Regierung ist ein schwankender; heute
hat Trepow, der Bluthund, morgen wieder Witte die Ober-
hand. Nikolaus, der sich heute noch so stolz der Selbst-
herrscher aller Russen nennt, sucht an Wahnsinnigkeit seines
gleichen. Wie ein Rühr im Winde schwanke er hin und
her! Daß man sich unter solchen Umständen noch auf ernste
Situationsgespräche machen kann, ist klar. Und das Bürger-
tum wird immer mehr auf die Seite der Sozialdemokratie
gebrängt — durch die Regeln der russischen So-
zialdemokratie, soweit sie noch als Stütze des Zarismus gelten
kann. Aus Petersburg wird nämlich gemeldet: „Danke
dem Verhalten der Monarchisten, an deren Spitze
Sjuzanow, Schirshatow, Graf Scheremetew und viele
Polizeibeamte, die anscheinend von Trepow nicht gehindert
werden, stehen, versichern sich die Lage von Stunde zu
Stunde. Geht sie nicht auch Witte machtlos. Viele
gemäßigte Elemente, die Vormittags noch Anschluß
an die Regierung Wittes suchten, wenden sich
Abends an die Sozialisten, weil diese als
ausgezeichnet organisierte Partei allein
imstande sind, Bildung und Besitz gegen den
Schrecken von oben zu verteidigen. Alle Vor-
gänge in Kasan, Moskau und Twer zeigen einseitige
Züge. Die Konstitutionalisten veranstalten friedliche Kund-
gebungen, halten Trauer- und Dankgottesdienste zu Ehren
der gefallenen Freiheitskämpfer. Böhmisch wird von irgend-
wo her zu aller Überraschung gefeuert. Im Nu be-
decken hundert Tote die Straße. Das Publikum flieht, die
Küche kochen sich, Ärzte werden durch den Militärkommando
an die Verwundeten herangeführt, der Kommando schließt sich.
Eine Salbe wird abgegeben, sämtliche Ärzte sind
erschossen. Das ist keine Uebertreibung, kein böser
Zusatz. Aus zwanzig Orten liegen mehrfache
Nachrichten vor, die diese Mitteilung be-
stätigen. Gestern mahnte „Kaschka Wjedomosli“ zur
Ruhe, heute fordert sie die Erlämpfung der Witz. Die
Kamerasie ries morgens angezeichneten Eindruck hervor. Er
wird fortgesetzt mehr durch die fürchtbaren Nachrichten aus
Zentralrussland verwickelt.“

Daß die augenblickliche „Ruhe“ nicht lange anhalten
wird, dafür bürgen Nachrichten aus verschiedenen Städten.
So ist in Riga beschlossen worden, die Arbeit nicht eher
wieder aufzunehmen, bis die volle Amnestie gegeben
ist. — In Tiflis wurde ein Trupp Reaktionärer, der mit
dem Kaiserbildnis durch die Straßen zog, beschossen und
bombardiert. Darauf schritten die Truppen, die den Zug
begleiteten, ein. Tote! 10 Tote und 30 Verwun-
dete. — In Jekaterinburg wurde der Kriegszustand
erklärt. — Aus Kasan kommt folgende Nachricht: An
der Josephstraße wurde eine Fahne mit dem polnischen
Wappen aufgehängt; vom Turm wurde die polnische
Nationalhymne geblasen. Die Volkspartei verlangt
die volle Autonomie Polens mit einem
Landtage in Warschau.

Wie die Schlichter in Odejsa gehandelt haben, zeigt
folgende Nachricht des „Pitt Parisien“: Die Zahl der
Toten bei dem bisherigen Unruhen beläuft
sich auf 3500 und die Zahl der Verwundeten
auf über 12 000. Alle Spitäler, ein Dutzend Schulen,
sowie zahlreiche Privathäuser, die in Krankenhäuser umge-
wandelt worden, sind überfüllt. In einem Stadtviertel
blieben über Tausend Tote in einer Nacht bis zum nächsten
Mittag auf den Straßen liegen, bis die Behörden den Be-
fehl gaben die Leichen zu sammeln und zu beerdigen.

Die Judenmorde in Odessa ungehört ihren
Fortgang.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß das
russische Heer nicht mehr anzugänglich für revolutionä-
re Erwägungen ist. Diese Tatsache dürfte nicht wenig dazu
beitragen haben, daß das Jarenmanifest erschien. Von
russischen Offizieren ist an ihre Kameraden folgender in
Russland verbreiteter Aufsatz ergangen: „Kameraden! Wir
erleben einen jäheren und ersten Moment der inneren
Politik unseres Vaterlandes. Bei einer solchen Reihe von
unvergleichlichen Ereignissen, die mit Windeseile an uns vor-
überziehen und alle Schichten unserer Gesellschaft von den
tieferen Tiefen bis zu den höchsten Höhen erschaffen, abseits
als schuldiger und teilnahmsloser Zuschauer zu stehen, ist
zum mindesten unerträglich. Eine jede Gesellschaftsklasse
unseres Vaterlandes hat ihre Vertreter gestellt, gab Kämpfer
für die gemeinsame, heilige, heute und jetzt unauflösbare
Sache, die der Befreiung unseres Vaterlandes
und des Volkes von der tatarisch-türkischen
Willkür der sittenlosen, überlebenden,
hyperbischen, geistig und moralisch ab-
gegründeten Tschingowitsch jeden Ranges und
jeder Stellung von dem Feldwebel — dem Säufer, Dieb
und Selbstmörder in der Kampagne — bis zum Jaren-
minister, von dem Wachtmeister, der „Kriegsknecht“ für
unerschütterliche „Bewachung“ nimmt, bis zum Polizeigewaltigen,
dem „Anstaltsleiter“ je nach dem Rang erwiesen werden,
von dem Pappe, der die Säuer herab, bis zu der Kreatur,
die die Gräber in Russland verachtet und 130 Millionen
Russen verachtet und nichtig macht, und deren Name
Bergpredigt ist... Und was geschieht im jetzigen Rus-

land? Überall wird Bruderblut vergossen
Ganz Europa erbebt unter dem Eindruck der unerhörten
Verbrechen. Und wir, Vertreter der wohlorganisierten,
ungeheuren Macht, wir schlafen immer noch in un-
serem mit einer Kruste bedeckten Sumpf der Passen-
interessen, kleinlichen dienstlichen Intrigen, Viehes-
abenteuern, Restaurationsauftritten, Wackerwärtigkeiten, einer
kleinen Garatlon! Kameraden! Wir spielen eine
abscheuliche, unwürdige Rolle. Wir, die wir
auf unsere Offizierschule so stolz sind, wir, die wir
an der Spitze der bemächtigten Macht des Landes stehen, daß
uns den Schutz der Unantastbarkeit des Reichsterritoriums,
die moralischen und materiellen Interessen der Nation an-
vertraut hat, wir, die wir in unserem Berufe die Fahne der
ritterlichen Tugenden, Schutz dem Schwachen, Unterstützung
der Geschicklichen, des Rechts und der Gerechtigkeit im Lande
selbst hochhalten sollen, was sind wir jetzt? Wohin sind wir
in der letzten Zeit durch unsere gänzlich zerstückelte
Regierung gebracht worden, die nur noch aus einem
Gänselein der Infolge unserer unverständigen Unterstützung all-
wärtiger Rezaturen, Föllinge, Hintermannen und einem
Polizisten, mit dem Strid in der Hand und der Nagala im
Gefäß, an der Spitze besteht. Und einer solchen
Regierung sollen wir dienen? Einer Regierung,
die bankrott und auf allen Positionen der inneren und
äußeren Politik gescheitert ist, einer Regierung, die uns nicht
nur als Offiziere der Armee, sondern auch als Menschen be-
schimpft und erniedrigt und durch ihre Furcht, Taktlosigkeit,
Niederträchtigkeit und Gemeinheit ihrer Seele uns beleidigt
und sich nur im Moment der äußersten
Verwirrung und Kopflosigkeit hinter
unseren Bajonetten und Kanonen ver-
steckt. Ist denn eine solche Regierung unserer
Unterstützung wert; eine Regierung von Polizisten, eine Re-
gierung der Gewalt, der Willkür, des Raubens und des
Mordens? Kameraden, genug! Bestant Euch, erinnert Euch,
wie man uns jede Minute auf Schritt und Tritt maltätet.
Es genügt die Andeutung irgend eines Haunken von Gen-
damen oder Polizisten, daß das Publikum „unruhig“ sei,
um uns demonstrativ auf die Straßen zu führen zur Ver-
schwörung und Vergewaltigung der gegen die Regierung er-
bitterten Menge, die dann ihren Haß gegen uns zum Aus-
druck bringt; man hält uns ununterbrochen unter Waffe,
stellt uns unter die unkontrollierbare Macht der Polizei, die
uns nach ihrem Belieben behandelt, als ob wir ihre Be-
diensteten, und zwar solche ohne Ehre und Schamgefühl,
wären. Kameraden! Die in Verwesung geratenen
Leiche des kolossalen Selbstherrschers können
wir nicht wieder beleben, und alle unsere Bajonette sind Null
im Verhältnis zum Volkswort. Laßt uns also das
Ende der Selbstherrscherei nicht abwarten und, so lange es
nicht zu spät ist, auf die Seite der Wahrheit, des
Rechts, des niedergedrückten Volkes über-
gehen! Das Wohl des Volkes ist unser Wohl,
das Glück der Nation ist unser Glück, ihr Un-
glück ist unser Unglück. Retten wir also unserem jüngeren
Bruder die Hand. Vertreiben wir den gemeinsamen Feind,
Beleidiger und Verräter gemeinsam! Kameraden, feisch auf!

In Finnland hat man das russische Regime fast
abgeschüttelt und alles, was an russischen Beamten und
Polizei vorhanden war, verjagt. Wie verlautet, haben
russische Truppen die starke Festung Sweaborg
der finnländischen Militär übergeben. Nach Verhand-
lungen zwischen der konstitutionellen und der Arbeiterpartei
hat diese ein Ultimatum veröffentlicht, in dem sie mittelst,
daß sie eine provisorische Regierung wählen und
der konstitutionellen Partei zwei Sitze in dieser anbieten
wolle. Die konstitutionellen haben es indessen abgelehnt,
an einer solchen Regierung teilzunehmen.

Jawitsch hat auch der Bar eingekerkert; er hat ein
Manifest erlassen, das besagt: Kraft des Gesetzes über den
finnländischen Landtag vom 25. April 1869 beschließen wir, am
20. Dezember 1905 in Helsinki einen außerordentlichen
Landtag zu eröffnen, der folgende Fragen beraten soll:
1. Anträge über die Ausgaben in den Jahren 1906 und
1907, zeitweilige Steuer und eine Anleihe zum Zwecke des
Baus einer Eisenbahn. 2. den Entwurf eines neuen Grund-
gesetzes für die Volksvertretung von Finnland auf der Grund-
lage des allgemeinen Stimmrechtes und unter Einführung
der Verantwortlichkeit der lokalen Behörden gegenüber den
Vertretern der Nation; 3. den Entwurf eines Gesetzes
über die Freiheit der Presse, Versam-
lungen und Vereine. Wir erwarten von allen die
genaue Ausführung unseres Befehles. Das Manifest ist aus
Helsinki, den 4. November, datiert und vom Minister für
Finnland, Lader, gegenzeichnet. — Weiter hat Nicolaus
ein Manifest an Finnland erlassen, in dem er die Forderung
aufhebt, gegen Finnland aufhebt. „Väter-
gen“ hofft, daß durch diese Maßnahme die Bande zwischen
dem finnischen Volk und ihm verstärkt werden. Wenn die
Hoffnung nicht wahr...“

Oesterreich-Ungarn.

**Demonstrationen für das allgemeine Wahl-
recht** fanden in den letzten Tagen außer in Prag und
Wien in Klagenfurt, Pardubitz und Tries statt, die
sämtlich einen großartigen Verlauf nahmen. Die Polizei
war in diesen Städten verunsichert als in Prag; deshalb
vorfell in allen in bester Ruhe und Ordnung.

Die Obstruktion der Eisenbahnen soll auf das
ganze böhmische Eisenbahnnetz und die öster-
reichischen Staatsbahnen ausgedehnt wer-
den. Jawitsch verlautet, daß Verhandlungen zur Beendi-
gung der Obstruktion schweben.

Routenegro.

Als Vorbild schwebt jedenfalls dem „Herrscher“ von
Routenegro, Nicolaus, sein großer Namensvetter in
Russland vor. Er richtete nämlich an das montenegrinische
Volk eine Proklamation, in der er die Freiheitsliebe,
den Unabhängigkeitsinn, die Selbsterhaltung, die Vaterlands-
liebe der Montenegriner hervorhebt, die Abhaltung
freier Deputiertenwahlen anordnet und die Ein-
berufung der Stupskina auf das Sankt Nikolausfest, den
6. Dezember, festsetzt. Er bewilligt dem Volke aus eigener
Antriebe gewisse Rechte an der Mitarbeit in den Angelegen-
heiten und der Verwaltung des Landes. — Befürchtet ber-
nein Nicolaus von Montenegro, daß mit seiner „erhabenen“

Herrlicherpersönlichkeit vielleicht kürzerer Prozess gemacht würde, wie mit der des großen Nicolaus von Rußland?

England.

Die Not der Zeit. Eine ungeheure Menge war gestern am Chempelst verammelt, um Zeuge des Auszuges der Arbeitslosen-Deputation zu Lord Balfour zu sein. Der Zug bestand aus mehreren tausend Personen. Viele trugen ihre Kinder. Vor dem Zuge schritt eine Musiktruppe, welche die Marschmusik spielte. Auf den Bannern, die die Arbeitslosen mit sich führten, stand die Worte: „Arbeit für die Männer, Brot für die Kinder.“ Die Antwort Lord Balfours beschiedigte die Deputation nicht.

Lübeck und Umgebungsgebiete.

Dienstag, den 7. November 1906.

Achtung Bürgerchaftswähler und Parteigenossen!

Am kommenden Donnerstagabend 8 1/2 Uhr finden in den Lokalen „Waisenhof“, Tadenburger Allee und „Wakenis-Wellewe“ zwei öffentliche Bürgerchaftswählerversammlungen statt. Es ist Pflicht der Genossen, für einen zahlreichen Besuch dieser Versammlungen, in denen selbstverständlich völlige Redefreiheit herrscht, zu agitieren.

Im Sozialdemokratischen Verein, der gestern Abend seine regelmäßige Monatsversammlung im Vereinshaus abhielt, erbatete Genosse Bloog zunächst den Bericht von dem Schleswig-Holsteinischen Parteitage. Wir können uns eine Wiedergabe der Ausführungen des Referenten ersparen, weil wir f. Zt. einen ausführlichen Bericht von dem Parteitag veröffentlicht haben. — Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Die bevorstehenden Bürgerchaftswahlen. Wie Genosse Strilling zunächst darauf hin, daß noch ziemliche Unklarheit darüber herrsche, wer wahlberechtigt sei. An den diesjährigen Bürgerchaftswahlen teilnehmen könne jeder, der das Lübeckische Bürgerrecht besitze und während der letzten vier Jahre (vom 1. April 1905 ab gerechnet) in Lübeck regelmäßig Steuern bezahlt habe. Die Teilnahme an der Wahl sei nicht mehr abhängig gemacht von der Besteuerung eines bestimmten Einkommens. Der 1200 Mark-Zensus sei also gefallen; dafür aber habe man bekanntlich erst- und zweitklassige Bürger geschaffen. Zu den ersteren gehören diejenigen Bürger, die während der letzten 3 Jahre durchschnittlich mindestens 2000 Mark versteuert hätten; zu der letzten alle übrigen steuerzahlenden Bürger. Diejenigen Bürger, die sich früher das Bürgerrecht erkaufen hätten, unterlägen bezüglich des Wahlrechts gleichfalls den vorstehenden Bestimmungen. Weiter bemerkte Redner, daß die Wahllokale für die zweite Abteilung außerordentlich ungünstig bestimmt seien, ganz abgesehen davon, daß sie überhaupt angelegentlich der großen Zahl der Wähler gar nicht ausreichend seien. So müßten a. B. im Marien-Magdalenen-Quartier und St. Lorenz-Rod (Wahllokal: Lud. Schwartauer Allee 69a) 181 Wähler in einer Stunde ihr Wahlrecht ausüben, wenn alle eingetragenen Wähler zur Urne gingen. Das sei ein Ding der Unmöglichkeit. Deshalb fordere die Beschränkung in der Zahl der Wahllokale zum schärfsten Protest heraus. Redner richtete an die Genossen die dringende Mahnung, wenn irgend möglich, schon in den Vormittagsstunden ihr Wahlrecht auszuüben, damit die Mittagsstunden für diejenigen Wähler freibleiben, deren Arbeitsverhältnis ihnen die Wahl während der Vormittagsstunden nicht ermögliche. Mit einem Appell an die Genossen, eine energische Agitation für die Bürgerchaftswahlen zu entfalten und alle Kräfte anzuspannen, schloß Redner. An der Diskussion beteiligten sich in hervorragender Weise die Genossen Schwarz, G. Ehlers und Reupert. — Zur Beschiedenen wurde zunächst Genosse Lüth als Distriktsführer für den zweiten Distrikt bestätigt. Sodann fand ein Antrag des Genossen Jähmel Annahme, nach welchem eine rege Agitation für den „Volksboten“ und den sozialdemokratischen Verein entfaltet werden soll. Nach längerer Debatte wurde ein Antrag des Genossen Effinger, für dieses Jahr noch einmal die Agitationskosten für den l. medienb. Kreis zu bezahlen, abgelehnt. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Bürgerchaft beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung zunächst mit dem Senatsantrage betr. Ausbau des Jagdhafens in Travemünde. Dieses Projekt fand natürlich die Zustimmung der Bürgerchaft, da es ja einzig und allein im Interesse der bestgestellten Bevölkerungsklassen liegt. Nicht, ein eifriger Segler vor dem Herrn, fand selbstverständlich, daß der Antrag auch im Staatsinteresse liege; inwiefern, vergah er jedoch anzugeben. Derselbe Redner trat sodann noch für eine bessere Bahnverbindung zwischen Lübeck und Travemünde ein, was wieder den Eisenbahngewaltigen, Geheimrat Brecht in Garnisch brachte. Die in letzter Zeit gegen die Bahnverwaltung erhobenen Angriffe suchte er dadurch zu entkräften, daß er sie Flegelereien nannte. Jedenfalls eine sehr bequeme aber wenig überzeugende Art, einen Gegner zu widerlegen. Von Jenne wurde gewünscht, daß die geforderte Summe ins Budget eingestellt werden solle. Schließlich wurde der Senatsantrag unverändert angenommen. Dasselbe geschah mit dem Senatsantrage betr. Errichtung der Stelle eines geprüften Zeichenlehrers am Lehrerseminar. Die Stelle soll nächsten Oitern besetzt werden. Das Gehalt beträgt 2600 Mark. Steigend in 20 Dienstjahren bis zum Höchstbetrage von 4200 Mk.

Der Senatsantrag auf Unterstützung der katholischen Schule durch eine staatliche Beihilfe von 3000 Mk. rief zunächst Herrn Schulmerich auf den Plan. Derselbe hielt eine längere Rede, in der er einerseits dafür eintrat, daß die katholischen Kinder zugleich mit den Kindern evangelischer Eltern in derselben Schule unterrichtet werden sollten, andererseits jedoch auch die Bewilligung der vom Senate beantragten Summe an die katholische Gemeinde befürwortete. Pastor Evers trat vom Standpunkt der Toleranz für den Senatsantrag ein; ebenso Dr. Deyerhöhn. Hauptlehrer Voedeker befürwortete die konfessionelle Volksschule. Das berechnete Streben der Bremer Lehrer, den Religionsunterricht aus der Schule verschwinden zu lassen, scheint auf die Lübecker Lehrerschaft keinen Einfluß ausgeübt zu haben. Die Religion muß den Volksschulen erhalten werden, lautet leider noch ihre Devise. Mit Recht wurde auf den Gegensatz hingewiesen, der zwischen den Volksschulen und den höheren Schulen besteht. Die Volksschulen werden konfessionell gehalten, während an dem Unterricht in den besseren Schulen Kinder aller Konfessionen gemeinsam teilnehmen können.

Schließlich wurde der Senatsantrag angenommen; ebenso ein Senatsantrag auf Erweiterung der Kesselanlage des holländischen Elektrizitätswerkes. Kosten 41 500 Mk.

Eine lange Debatte zeitigte der Senatsantrag betr. Ankauf der Grundstücke Holstenstraße 25, 27, 29, 31 und 33 und Verkauf des für die Straßenverbreiterung nicht erforderlichen Teils dieser Grundstücke. Der Kaufpreis beträgt 534 000 Mark und der Verkaufspreis der Restgrundstücke 350 000 Mark, so daß der Staat durch die Verbreiterung der Straße 184 000 Mk. verlieren würde. Hierzu liegt eine Eingabe des Haus- und Grundbesitzervereins und des Detaillistenvereins vor. Die Vereine beantragen, dem Senatsantrag betreffend den Ankauf der Häuser Holstenstraße 25, 27, 29, 31 und 33 und den Wiederverkauf des zur Straßenverbreiterung nicht erforderlichen Teils dieser Grundstücke nur bezüglich des Ankaufs der Häuser die Zustimmung zu erteilen und wegen des Wiederverkaufs dieser Grundstücke den Senat zu ersuchen, der Bürgerchaft eine neue Vorlage zu unterbreiten, nachdem zuvor eine öffentliche Ausschreibung des Verkaufs mit der Bedingung erfolgt ist, daß auf dem Grundstück mindestens drei Einzelgeschäftshäuser errichtet werden. Zu Beginn der Beratung über den vorstehenden Antrag machte Senator Dr. Schön die Mitteilung, daß das Angebot, welches für die Restgrundstücke abgegeben ist, auf 400 000 Mark erhöht sei. In der Debatte trat hauptsächlich die Befürchtung zutage, daß an der Stelle ein Warenhaus errichtet werden solle, und um dieses möglichst zu erschweren, stellte sogar Ullm den Antrag, ein Ersuchen an den Senat zu richten, daß das Polizeiamt angewiesen werde, bei Bauten, welche zu Warenhauszwecken dienen sollen, die Bauerlaubnis so zu erteilen, daß der Detailhandel auf die Barterräume und die Räume des ersten Stockes beschränkt bleiben muß. Dieser Antrag ging sogar der Mehrheit der Bürgerchaft zu weit und so wurde derselbe abgelehnt. Schließlich wurde der zweite Teil des Senatsantrages betr. Verkauf der Restgrundstücke abgelehnt und dafür ein Antrag Dr. Bensa angenommen, der verlangt, daß das Finanzdepartement ermächtigt werde, die Grundstücke bestmöglichst, sei es getrennt oder zusammen, zu verwerthen, vorausgesetzt, daß der Preis nicht unter 400 000 Mk. beträgt und die gleichen Bedingungen wie in dem vorliegenden Kaufangebot gemacht werden. Ferner gelangte ein Antrag Dr. Götz zur Annahme, wonach der erforderliche Kaufpreis aus dem Kapitalfonds des Staates entnommen werden soll, soweit er nicht durch den Wiederverkauf eine Minderung erfährt. Darauf wurde die Versammlung der Bürgerchaft gegen 10 Uhr geschlossen.

Der Pfarrer von Kirchfeld, Anzengrubers ergreifendes Volkstück, wurde am Sonnabend in der Stadthalle vor einem leider nicht allzu zahlreichen Publikum aufgeführt. Echt und lebenswahr, ohne alle theatralischen Klagen gab Herr Jakob den menschlich empfindenden Pfarrer Hell, dem das Priesterkleid verwehrt, dem Zuge seines Herzens zu folgen. Natürlich und schlicht war Fräulein Leitzner als Anna Birnmeier. Den mit sich und allen Menschen zerfallenen Burzelpapp brachte Herr Brandt trefflich zur Geltung. Von den übrigen Mitwirkenden bewiesen die Herren Schäfer und Poetter, daß sie es nicht verstanden hatten, in den Geist ihrer Rolle einzudringen.

An Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat Oktober ein: Einkommensteuer 29 312,88 Mk., an Erbschaftsteuer 12 151,07 Mk., Veräußerungsabgabe 22 059,61 Mk., Stempelabgaben 11 175,70 Mk., Schiffsabgaben 46 943,87 Mk., zusammen 121 643,13 Mk. gegen 174 143,02 Mk. im Vorjahr. Vom 1. April bis Ende Oktober gingen insgesamt 1 946 584,23 Mk. ein, während in der gleichen Zeit des Vorjahres 1 947 052,56 Mk. oder 40 468,33 Mk. mehr eingenommen wurden. Vom 1. April bis Ende Oktober gingen insgesamt ein 1 946 584,23 Mk. gegen 1 987 052,56 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres, das sind 40 468,33 Mark weniger.

Der Kranken- und Sterbefälle der Wäckergelehen und verwandten Berufsgruppen in Lübeck (eingeschriebenen Hilfsklasse Nr. 19), welche einen Nachtrag zu ihrem Klassenstatut zu erlassen beschlossen hat, ist vom Senate nach § 75a des Krankenversicherungsgesetzes vom 10. April 1892 die Beschneidung erteilt worden, daß sie vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, auch nach Erlass dieses Nachtrages den Anforderungen des Gesetzes genügt.

Das Schwurgericht verhandelte gestern unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen den Maurergelehen Klupp in Malente, welcher versucht haben soll, am 13. Juni in Maltritz ein Dienstmädchen zu vergewaltigen und zwei Zeugen dieses Vorfalls körperlich mißhandelt zu haben. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage und erfolgte demgemäß die Freisprechung des Angeklagten.

Strassenverbreiterung. Die Tadenburger Allee vom Lindenplatz bis zur Schwartauer Allee wird vom Montag, den 6. d. Mts. ab während der Dauer ihrer Umgestaltung für den Fuhrwerks- und Fahrradverkehr gesperrt. Der Fuhrwerks- und Fahrradverkehr wird vom gleichen Tage ab durch die neuangelegte Straße über den Lindenplatz geleitet.

Anzigtspflichtige Krankheiten wurden im Monat Oktober gemeldet: 4 Fälle an Diphtherie, 7 Masern, 4 Scharlach, 3 Typhus, 1 Wechselfieber- und 1 Wochenbettfieberfall. Eine Scharlachkrankung verlief tödlich.

Stadthallen-Theater. Morgen findet das letzte Gastspiel des kgl. württembergischen Hofkapitlers Emil Richard statt. Zur Aufführung gelangt letztmalig als Volksvorstellung zu einem Einheitspreise von 50 Pf. pro Platz das humorvolle Volkstück mit Gesang „Lübeck in New York“ von Adolph Philipp. Donnerstag wird, neu einstudiert, „Gar und Zimmermann“ gegeben werden, während Freitag die erfolgreiche fantastische Oper „Hoffmanns Erzählungen“ zum vierten Male wiederholt wird. Sonnabend geht als Schüler-Vorstellung anläßlich Schillers Geburtstag „Wilhelm Tell“ zu kleinen Preisen in Szene.

Im Verein für Gesundheitspflege und Naturschutz findet am Donnerstag, den 9. November, abends 8 1/2 Uhr, im Konzerthaus Fünshausen einen Frauenvortrag statt. Herr Dr. Obermeier spricht über das Thema: „Frauenkrankheiten, deren operative und operationslose Behandlung“. Ein vollbesetztes Haus wird sicher zu verzeichnen sein.

pb. Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Klost, der in einer hiesigen Herberge einen fremden Badergelehen einen Spazierstock und eine Photographie stahl. Ein grüner vieredriger Spazierstock, der vermutlich auch von einem Diebstahl herrührt, wurde noch bei dem Festgenommenen gefunden. Bei näherer Feststellung seiner Personalien wurde schließlich bemerkt, daß man es mit einem Flüchtigen zu tun hatte, der seitens der Großherzoglichen Staatsanwaltschaft in Klost wegen schweren Diebstahls steckbrieflich verfolgt wird. Ein zweiter Arbeiter, der dringend verdächtig ist, an dem Diebstahl beteiligt zu sein, wurde ebenfalls festgenommen.

pb. Uhrendiebstahl. Einem Scherenschleifer wurde am 4. ds. Mts. in einer hiesigen Herberge eine Nickelzylinder-Uhr gestohlen. Verdächtig, den Diebstahl ausgeführt zu haben, ist ein fremder Schlachtergelehe, der sich von hier entfernt hat.

Moisling. Zuerst Kirchengemeinde-Ausschuhwahl in Genin am 29. Oktober 1905 schreibt man uns: Bisher haben sich die Gemeinden Moisling, Niendorf und Moorgarten nicht um diese Kirchgemeinden gekümmert, und sind daher die Vorstands- und Ausschuhmitglieder meistens Bewohner der Kapitelhöfcher Genin, Ober- und Niederhöfchau und Borrade. Auch jetzt hätte man sich nicht um diese Ehrenposten bemüht, wenn es den Herren der Kapitelhöfcher nicht eingefallen wäre, die Lasten, die sie von ihren Vätern ererbt, jetzt auf die Bewohner von Moisling zu wälzen. Nun mußten sich diese ja ihrer Haut wehren und die Duitung ist, daß vorerst 3 Ausschuhmitglieder von Moisling mit großer Majorität gewählt worden sind. Diese drei bedeuten allerdings noch nicht viel, da noch mindestens 10 Gegner vorhanden sind. Aber Geduld, wenn die Zeit kommt, dann kommt Nachschuh. Vor 35 Jahren da lagten die Herren aus den Kapitelhöfchern, als ihnen seitens des Staates zugemutet wurde, mit den übrigen Dörfern in einen Gesamt-Armenverband zu treten, ganz entschieden Nein, da wollten sie namentlich mit Moisling nichts zu tun haben. Jetzt wollen diese Herren jedoch ihre Kirchenlasten gern an Moisling abladen; die ungeheuren Armenlasten aber kann Moisling bezahlen. Ferner wundern die privilegierten Herren sich darüber, daß bei dieser Wahl keine Wahlliste vorhanden war. Man sieht daraus, wie traurig es in diesem privilegierten Kapitelstaate aussieht. Aber daran denken die Herren des Vereins der Landbewohner wohl nicht, daß Herr Maad-Borrade und Herr Guhl nur den Herrn Küster Blanthaber auf das Kirchenlasten-Sammelbuch aufmerksam zu machen brauchten, denn mer Lasten zahlen muß, hat doch jedenfalls auch Stimmrecht; es hätte ja auch nur die Frau des Glodenlütters Regel geholt zu werden brauchen, die das Einammeln der Kirchenlasten so famos versteht, die hätte doch gewiß alle Wähler legitimieren können. Früher hielt sich der Herr Küster nicht zu gut dazu, diese Gelder einzusammeln, jetzt natürlich spielt ein Küster mit seinem Höchstgehalt als Lehrer von 3100 Mark, freier Küsterwohnung und den üblichen Pfünden eine bedeutende Rolle und deshalb wird ihm dieses Einammeln wohl nicht behagen. Besser wäre es jedoch, wenn er es täte, denn dann würde er alle Gemeindeglieder kennen. Hoffentlich zeigt der Ausfall der Kirchenausshuhwahl den Domkapitelherren, daß die Gemeindeglieder Moisling usw. nicht gewillt sind, sich die Lasten aufbürden zu lassen, die nach Zug und Recht von andern zu tragen sind.

Berkenthien. Feuer. Freitag abend entzünd hier schon wieder ein Feuer. Es brannte der kleine mit Straße gedeckte Katen des Halb-Fuhrners Boden. Bewohnt wurde derselbe von dem Zigarrenfabrikanten Ludwig Stadländer, dessen eigenes Wohnhaus erst in der Nacht vom 3. auf den 4. Oktober d. J. gleichfalls durch Feuer zerstört wurde. Von dem Inventar ist nichts gerettet. Zwei Ferkel und eine Hige kamen gleichfalls in den Flammen um. Vermutlich liegt Brandstiftung vor.

Hamburg. Bluttat einer Wahnsinnigen. In der Nacht zum Montag zwischen 3 1/2 und 3 Uhr wurden die Hausgenossen des Lehrers König in der Nennbahnstraße in Horn, der Inhaber eines Zigarrenladens Christoph Jessen und seine Familie, durch mehrere Schüsse aus dem Schlaf geschreckt. Nachdem Herr Jessen durch die Kullerete des Herrn König erfahren hatte, daß die Schüsse in dessen Wohnung gefallen seien, eilte er hinauf und fand hier Herrn König im Kampfe mit seiner vom Besorgungswohnstube besessenen Frau, beide in Nachtgewändern, um den Besitz eines Revolvers, den Frau K. krampfhaft in der Hand hielt und aus dem sie die Schüsse abgegeben hatte. Es gelang schließlich den vereinten Kräften der Männer, der Wahnsinnigen die Schuwaffe zu entwenden und sie zu bezwingen. Dabei stieß sie mit grausamem Nachen des Wahnsinns die Worte hervor: „So, nun könnt ihr mir mein Kind nicht mehr rauben: nun hab ich euch alle totgeschossen!“ Frau König war um 3 1/2 Uhr heimlich aufgestanden, hatte den geladenen Revolver ihres Mannes aus einer Schieblade genommen, war leise zu dem Bett ihrer Tante, die bei der Familie zu Besuch weilte, geschlichen und hat dann der Schlafenden eine Kugel in den Kopf geschossen, wodurch der Tod anscheinend sofort eingetreten ist. Darauf sprang Herr König, durch den Knall des Schusses wach geworden, sofort hinzu und versuchte seine Frau zu packen. Ehe ihm das gelang, hatte Frau König noch mehrere Schüsse abgefeuert. Ein Geschuß drang in eine Tür, zwei andere verletzten Herrn König im Rücken. Die ärztliche Untersuchung hat ergeben, daß es nur Streifschüsse sind, die den Verletzten nicht einmal zwingen, das Bett zu hüten. Die Wahnsinnige wurde nach der Irrenanstalt Friedrichsberg gebracht.

Hamburg. Scher drama. Am Sonnabend abend traf der in der Borgfelderstraße wohnende Zimmermann Schönmagel seine von ihm getrennt lebende Ehefrau in der Hoffelbrookstraße. Ohne besondere Veranlassung fiel er über die Frau her und versetzte ihr mehrere Stiche mit einem langen Messer. Die Frau brach blutüberströmt zusammen. Der Täter wurde von einigen Passanten festgehalten und einem Schuwmann übergeben. Der Zustand der Frau ist besorgniserregend. Sie hat mehrere Stiche in der linken Wade, im Kopf und im Rücken. Nachdem sie notdürftig verbunden war, wurde sie in das St. Georger Krankenhaus gebracht. — Des Verbrechens gegen das keimende Leben und der fahrlässigen Tötung soll sich eine 42-jährige Witwe in Hamm schuldig gemacht haben, die eine Frau in Behandlung genommen hat, welche an den Folgen dieser Behandlung gestorben ist. Es ist eine Legalkonktion der Leiche angeordnet. Die Witwe hat man verhaftet.

Segeberg. Reichstagswahl. Die Freisinnigen haben jetzt Dr. Struve-Riel einstimmig als Kandidaten aufgestellt. — Feuer. In der Nacht zum Sonntag wurde das in der Hamburgerstraße belegene Hotel „Harmonie“ ein Raub der Flammen. Das Feuer entzünd um 2 Uhr auf der Theaterbühne und verbreitete sich schnell über das ganze Gebäude, das vollständig ausbrannte; eine Scheune blieb stehen und ein Teil des Inventars konnte gerettet werden. Das Gewese befand sich in Nacht, es gehörte dem Hofbesitzer Beckmann in Struckdorf und war bei der Landesbrandkasse mit 35 000 Mark versichert.

Neumünster. Parteisekretär für die Provinz Schleswig-Holstein. Die Siebener-Kommission, die auf dem Elmshorner Parteitage gewählt und mit der Aufgabe betraut wurde, die Stellung eines besoldeten Sekretärs für die Provinz Schleswig-Holstein auszusuchen und unter den Bewerben die Wahl zu treffen, hat am Sonntag die Wahl vorgenommen. Gewählt wurde der Genosse Bartels-Hamburg, der gegenwärtig Gauleiter des Maler-Verbandes in Hamburg ist.

Antwort.

Die Entgegnung von Eisner und Genossen unterscheidet sich von unserer Denkschrift, die nach ihnen die „Autorität der für den Konflikt und seine literarische Verarbeitung verantwortlichen Mitglieder des Vorstandes vernichten muß“ — eine „Verächtigung“, die der Parteivorstand lustbittig auf sich nimmt — dadurch, daß unsere Denkschrift eine sachliche Darstellung der Vorgänge ist, um deren Klarstellung es sich handelt, dagegen die Ausführungen der Eisner und Genossen an Rabulistik und schwülstiger Phrasologie nichts zu wünschen übrig lassen.

Für die Objektivität unserer Denkschrift spricht vielleicht mehr als lange Auseinandersetzungen folgende Spitze aus unseren Beratungen: Als am Montag, den 30. Oktober, Abends, nach gemeinsamer Beratung des Parteivorstandes mit der Pressekommision die Denkschrift in ihrem Wortlaut endgültig festgestellt — wobei jeder der Anwesenden ein gedrucktes Exemplar des Entwurfs in seinen Händen hatte — und darauf einstimmig angenommen worden war, nahm das Mitglied der Pressekommision Genosse Wujcik das Wort und erklärte dem Sinne nach folgendes: Er sei, wie der Kommissionsrat dem Parteivorstand bekannt sei, mit den Maßnahmen gegen die sechs Redakteure nicht einverstanden gewesen und sei es auch jetzt noch nicht. Er habe aber dennoch für die Denkschrift gestimmt, weil er anerkennen müsse, daß sie den Gang der Angelegenheit in allen Einzelheiten sach- und wahrheitsgemäß darstelle.

So ein Gegner unserer Maßnahmen, der von allem, was vorging, genau unterrichtet ist und unseren Verhandlungen beiwohnte.

Wenn in der Einleitung von Eisner und Genossen angegeben wird, Bebel sei von der Kündigung der sechs Redakteure Sonnabend, den 22. Oktober, Abends, noch so rechtzeitig unterrichtet worden, daß er gegen die Veröffentlichung Einspruch hätte erheben können, so ist das richtig. Genosse Bebel erklärt darauf, daß Genosse Gerlich ihn allerdings an jenem Abend durch Kopypostbrief unterrichtet habe — den er gegen 9 Uhr erhielt, damit er am nächsten Morgen nicht durch die Erklärung der sechs überrascht werde oder sie gar zu lesen übersehe. Er habe aber ebensowenig, wie die zwei Vorstandsmitglieder, die noch auf dem Parteibureau anwesend waren, als die Kündigung mit der Ankündigung ihrer Veröffentlichung im „Vorwärts“ einlief, sich berechtigt erachtet, auf eigene Faust den Versuch zu machen, die Ankündigung zu verhindern.

Oder sollten die Mitglieder des Parteivorstandes von allen Ecken Berlins für eine späte Nachtstunde zusammengetrommelt werden, weil die sechs es so eilig hatten, der Welt ihren Beschluß, aus der Redaktion auszutreten, in sensationellster Weise zu verüben, und es nicht über sich gewinnen konnten, bis zum nächsten Dienstag zu warten, nachdem auch die Berliner Parteifunktionäre in der Sache gesprochen hatten?

Hatte Bebel es versucht, so hätten die sechs seinen Einspruch, als von einem einzelnen Vorstandsmitglied ausgehend, wahrscheinlich mit Hohlnäcken zurückgewiesen und es wäre außerdem von denselben ein solcher Versuch als eine Annäherung eines einzelnen, der das „persönliche Regiment zu etablieren unternimmt“, dargestellt worden.

Wenn sich Eisner und Genossen in schwülstigen Darlegungen ergehen, die eines erheblichen Geistesmaßes nicht entbehren, über die Mission, welche die sechs zu erfüllen befehrt seien, um die Partei vor den bösen Einflüssen zu retten, die der Parteivorstand oder einzelne seiner Mitglieder geltend zu machen versucht hätten, so fordern wir statt unbestimmter zweideutiger Behauptungen und Verdächtigungen Beweise. So lange

diese Beweise nicht gebracht werden, bezeichnen wir diese Anschuldigungen und Verdächtigungen als Verleumdungen.

Die Forderung, den zwischen Eisner und Genossen und dem Parteivorstand gepflogenen Schriftwechsel in unverkürztem Wortlaut zu veröffentlichen, werden wir in dem uns dazu geeignet scheinenden Augenblick mit großem Vergnügen erfüllen. Ist doch unter anderem durch diesen Schriftwechsel der Kanal aufgedeckt worden, durch den die falschen Darstellungen über die Vorkommnisse in der Fünfzehner-Kommission des Senaer Parteitages in die Berliner Volkszeitung gelangten. Bekanntlich behauptete die „Berliner Volks-Zeitung“, ihre Enthüllungen von einem hervorragenden Sozialdemokraten empfangen zu haben. Wir sind also bereit, die Aufklärung nach jeder Richtung zu fördern.

Haben Eisner und Genossen die Denkschrift des Parteivorstandes, die, wie die Leser derselben wissen, die Denkschrift des Parteivorstandes und der Pressekommision ist — wir machen die Parteigeronnen auf diesen fortgesetzt angewandten Kniff der sechs aufmerksam — als lang und inhaltlos, die mit dem Streitfall nichts zu tun habe (!!), so antworten wir: Den Genossen waren wir schuldig, darzulegen, wie der in Frage stehende Streitfall allmählich entstanden ist und warum wir in diesem so handelten, wie von uns gehandelt worden ist. Für die sechs haben wir diese Darlegungen nicht geschrieben, denn sie behören zu wanken, wäre zwecklos.

Zu dem Abschnitt „Das Verfahren der Prinzipien“ — wir haben diese Ueberschrift nicht verbrochen — sei folgendes bemerkt:

Allerdings hat der Parteivorstand an jenseits den Versuch machen wollen, zu vermitteln, indem er vorschlug, durch eine Umgestaltung der früheren Redaktionsmehrheit zunächst die sich verarbeitenden Uebelstände zu beseitigen. Das ist auch in unserer Denkschrift ausführlich dargelegt worden, es ist alles keine Neuigkeit, welche erst Eisner und Genossen der staunenden Welt verkündigen mußten.

Es ist auch nicht richtig, daß der Parteivorstand „die Hauptschuldigen nicht ohne weiteres hinauswerfen wollte“, um im Stille von Eisner und Genossen zu reden. Der Vorstand bekennt aber heute, daß er sich in dieser Beziehung einer unverzeihlichen Schwäche schuldig gemacht hat.

Wie nimmt sich aber diese Anschuldigung, der Vorstand habe Halbheit und Unentschlossenheit gezeigt, mit der anderen Behauptung zusammen aus, daß dieser selbe Vorstand die Ursache alles Bösen sei und die großen Prinzipien der Meinungsfreiheit und wie all die schwülstig vorgetragenen Anklagen lauten, mit Füßen trete? Wollen die sechs als Ankläger auftreten, warum so inkonsequent? Warum nennen sie nicht nur die Namen, sondern bezeichnen auch die Taten der Schuldigen, um sie zu fassen? Die sechs machen sich mit ihrer sonderbaren Anklage und Verdächtigungstaktik nur lächerlich.

Wir können nur wiederholt fordern, die Beweise für die unqualifizierbaren Verdächtigungen zu bringen, sonst müßten wir diese immer wiederkehrende Methode als schwach und niederträchtig bezeichnen.

Soweit Genosse Bebel wiederholt durch Nennung seines Namens in die Entgegnung der sechs verwickelt worden ist, wird dieser selbst an anderer Stelle das Wort ergreifen, um darauf zu blicken. Im weiteren lehnen wir es ab, hier auf die Vorgänge im einzelnen einzugehen, die, wie schon in unserer Denkschrift angedeutet wurde, sich über Jahre erstrecken und uns schließlich zu dem Entschluß kommen lassen, eine neue Ordnung im „Vorwärts“ einzuführen. Die sechs wünschen diese Darlegungen offenbar nur deshalb weit ausführlicher, um die Polemik ins Unendliche fortführen zu können.

Es ist weiter ein Versuch mit untauglichen Mitteln, aus

der Tatsache, daß die Abonnenten des „Vorwärts“ sich in den letzten Jahren sehr erheblich vermehrten, zu schließen, das komme auf das Konto der Zufriedenheit oder des Mangels an Unzufriedenheit der großen Mehrheit der Berliner Parteigenossen mit der Redaktion des „Vorwärts“. Die rasche Steigerung der Abonnenten ist in erster Linie und hauptsächlich auf die unangesehene Agitation der Berliner Genossen für den „Vorwärts“ und namentlich auf eine verbesserte Organisation der Kolportage zurückzuführen. Die Berliner Genossen betrachteten eben den „Vorwärts“ trotz häufiger Mißstimmung über seine Haltung in einer Reihe Fragen immer doch als ihr Blatt.

Eine Binsenwahrheit ist es auch, welche die sechs aussprechen, daß, so lange der „Vorwärts“ lebt, er stets, manchmal sogar sehr heftigen Angriffen ausgesetzt gewesen ist, die auch schon früher wesentlich dem Umstand geschuldet waren, daß die Redaktion eine geschlossene Einzelkämpfer — die erste Bedingung für ein Parteiblatt und eine gute Redaktion — vermissen ließ. Diese Uebelstände haben sich aber nach unserer Ansicht nicht vermehrt, sondern gefehert und insbesondere sind sie mit ihrer längeren Dauer immer fühlbarer geworden. Namentlich aber erfordert gerade die Rücksicht auf die außerordentlich gewachsene Partei und den damit auch außerordentlich gewachsenen Leserkreis des „Vorwärts“ in weit höherem Grade als jemals eine geschlossene Stellungnahme in den wichtigeren die Partei berührenden Fragen und eine intensive Aufklärung der Leser vom Standpunkt des historischen Materialismus, auf dem die Weltanschauung unserer Partei beruht.

Die Behauptung, daß die Redaktion des „Vorwärts“ wiederholt Parteifunktionen mit den Berliner Genossen gegen Anschuldigungen des Parteivorstandes oder des Genossen Bebel begonnen habe, so beim Pressentag, so bei den Anregungen für die Tagesordnung des Bremer und Senaer Parteitages, ist richtig.

Konstatiert sei aber, daß der Parteivorstand mit dem Genossen Bebel sich nicht prinzipiell gegen die Berufung eines Parteitages der preussischen Genossen erklärte, sondern nur Differenzen über den passenden Zeitpunkt der Einberufung bestanden. Der Parteivorstand vertrat die Ansicht, diesen Parteitag nicht eher einzuberufen, als bis die Schulvorlage — gegen die Stellung zu nehmen eine der Hauptaufgaben des preussischen Parteitages sein sollte — dem preussischen Landtag vorliege, damit man ihren Inhalt kennen und nun um so sachgemäßer gegen sie Stellung nehmen könne.

Was aber die Hedamendiererei der Redaktion für Anträge zur Erweiterung der Tagesordnung der Parteitage zu Bremen und Sena betrifft, so sei konstatiert, daß die Berliner Vertrauensleute sicher nicht der Anregung der Redaktion, auf die Tagesordnung des Senaer Parteitages die Handlungen in der deutschen Weltpolitik zu legen, gefolgt wären, wenn die Redaktion ihnen mitgeteilt hätte, was lokalweise ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit war, daß die Redaktion den Parteivorstand mit keinem Wort davon unterrichtete, daß sie die Absicht habe, die Berliner Vertrauensleute zu bestimmen, die von der Parteileitung (Vorstand und Kontrollkommission) abgelehnten Anträge des Genossen Grabnauer für die Tagesordnung des Parteitages einzubringen.

Heute ist uns vollständig klar, was für Absichten mit diesem Verhalten der Redaktion bezweckt wurden. Die Redaktion, richtiger gesagt gewisse Redakteure, wollten die Vertrauenspersonen Groß-Berlins gegen den Parteivorstand anspielen, als eines Faktors, der seiner Aufgabe nicht gewachsen sei.

Es ist ferner eine Unwahrheit, wenn Eisner und

Gold!

Ein Kalifornisches Lebensbild.
Von Friedrich Gerfäcker.

(70. Fortsetzung).

20.

Das Wiedersehen.

Ein leichter Nebel lag am nächsten Morgen über dem Tal, der aber, mit Sonnenaufgang, als erquickender Tau niederfiel und der Luft eine eigene wunderbare Frische gab. Nur ein leiser, von den Sonnenstrahlen rötlich gefärbter Duft schwebte noch über dem engen Bergkessel, in dem das dunkle Grün des Cedernlaubes eine fast bläuliche Färbung annahm und die roten riesigen Stämme dieser stattlichen Bäume wie glänzende Säulen aus dem Waldesschatten herausstimmerten. So reizend aber auch die Natur, und so friedlich sie da liegen mochte, so ganz verschoben war der Mensch, „das edelste Geschöpf der Erde“, wie er selbst so gern sich nennt — so wenig im Einklang stand er mit diesem düstigen Rosenkranz, der an den Hängen lag, mit dem leise rauschenden Laube, dem murmelnden Bache. — Haß, Neid, Zwietracht, Hier nach Gold, das waren die Leidenschaften, die dieses kleine, geschäftige Volk erfüllten, und mit dem Bewußtsein, daß hier das edle Metall im Boden lag, hätten sie sich selbst ein wirkliches Paradies zur Hölle umgeschaffen.

Helson — der Altknecht dieser wilden gemischten Völkergesellschaft, war schon mit Tagesgrauen munter und auf und mit der Unruhe, die ihn trieb. Näheres über den Stand der Dinge im Lager zu hören, fertig angezogen, den Sheriff anzufahren. Gern hätte er allerdings noch vorher mit Mannellos Vater gesprochen, der ihm gestern Abend keine Rede stehen wollte; der alle Spanier schlief aber noch fest, und er verschob es auf eine andere Zeit — gingen ihm jetzt doch auch wichtigere Dinge im Kopfe herum. Seine Frau

hat er nur, mit dem Frühstück nicht auf ihn zu warten, und verließ das Bett. Mrs. Helson hatte indessen wohl bemerkt, daß etwas Ungewöhnliches im Lager vorging, wenn sie auch die wahre Ursache nicht ahnte und keineswegs an irgend eine Gefahr dachte. Aber sie fühlte sich auch glücklich, daß Helson in den letzten Tagen sein schwermütiges Wesen fast ganz verloren hatte, ja eher fest und heiter wurde und in der neuen Beschäftigung sich wohl und zufrieden zu bewegen schien. Er hatte eine Tätigkeit gewonnen, die ihm bis dahin durchaus gefehlt, und mit der Verantwortung, die er dabei zugleich bekommen, fühlten sich die schon fast erschöpften Geisteskräfte wieder und wach der kühlere Schatten mehr und mehr zurück, der bis dahin schon einige Male gedroht hatte, sein Leben völlig zu umschatten. Nur Manuela war heute Morgen recht erst geblüht, denn mit dem letzten Abend tauchte auf neue die Sorge um den Vater auf. Daß jener Amerikaner, den sie mehr als irgend einen Menschen fürchtete, ihr alles Wohl hier ansehe, bewunderte sie am meisten, und nicht mit Unrecht hatte sie gefürchtet, daß er den schwachen Vater auf's Neue verletzen würde, sich seinem Räte, seiner Führung zu überlassen. Der letzte Abend, an dem sie ihn vergebens zur rechten Zeit erwartet, lieferte ihr den Beweis, daß sie sich nicht geirrt, und nur Helson's Versicherung hatte sie in etwas beruhigt, daß er Stillherrschaft veranlassen würde, von ihr an mit Don Alfonso nicht mehr zu spielen.

Manuela, die mit inniger Liebe an Mrs. Helson hing und sich jeder, wenn auch noch so ungewohnten Arbeit mit Freuden unterzog, hatte auch heute das Frühstück schon bereitet, aber vergebens damit auf ihren Vater gewartet. Sie und Mrs. Helson verzehrten es zusammen, und immer noch kam weder Helson zurück, noch ließ sich Don Alfonso sehen, der sich schonte, der Tochter unter die Augen zu treten.

„Komm, Manuela,“ sagte da Mrs. Helson, die Männer lassen uns heute ganz im Stiche, Dein Vater sowohl wie Mr. Helson, und ich denke, wir haben lange genug auf sie gewartet. Wir wollen deshalb ihr Frühstück warm stellen

und indessen einen Spaziergang machen, denn einen schöneren Morgen haben wir noch nicht gehabt, seit wir in den Bergen sind. Es ist zu wunderbar herrlich draußen, und wahrlich Sünde, solche Zeit im Bette hier zu verträumen.“

„Aber Mr. Helson —?“

„Hat keine Geschäfte, denen er nachgeht, und kümmert sich auch nicht um uns,“ lächelte die junge Frau; „deshalb darf er es auch nicht übersehen, wenn wir uns in der freien Luft ein Stündchen ergehen. Lieber Gott, was hat man denn anders in den Bergen hier, als eben die wunderbar schöne Natur?“

„Aber der Lärm, der gestern überall in der Stadt herrschte!“ sagte Manuela besorgt.

„Fürchte nichts für uns,“ sagte aber freundlich die Frau, „Du bist vielleicht in Deiner Heimat an andere Sitten gewöhnt, Manuela; die Frauen sind aber unter den Amerikanern überall sicher, ja, sie würden es jedem, sei er sonst noch so roh und ungebildet, Schutz finden, sollten sie dessen überhaupt bedürfen. Deshalb nimm Deine Manille; es ist außerdem die Frage, ob Mr. Helson vor dem Mittagessen wieder nach Hause kommen wird, denn er sagte mir, daß er endlich viel mit dem Sheriff abzumachen hätte. Nehmen wir also nur in Zeit zurück, das bereit zu haben, so werden wir schwerlich vermisst werden. — Ich habe mich auch schon lange einmal danach gesehnt, einen der benachbarten Hügel zu ersteigen, von da den kleinen Ort, in dem wir leben und den unsere neuen Handelsleute etwas kalt und anspruchslos das Paradies genannt, zu übersehen.“

Auf jener räumlichen Waldhöhe, auf der damals der Sheriff mit dem Häuptling Redos und den Mexikanern zusammenlag, hielt ein einzelner Reiter, der, abgestiegen vom seinem Tier, mit dem rechten Arm auf dem Sattel desselben lehnte und die vor ihm ausgebreitete freundliche Szene überblickte. Es war ein noch junger Mann mit offenem ehrlichem Rücken, das Gesicht fast langgekrant, aber ohne Bart, mit

